

ROT HEUTE

AUSGABE NR. 4 | WINTER 2018

WWW.SPD-FRAKTION-BREMEN.DE



BREMEN ZEIGT GESICHT!

TAUSENDE SETZEN EIN ZEICHEN GEGEN RECHTS UND FÜR TOLERANZ

Es war ein starkes Zeichen: Gut 5.000 Bremerinnen und Bremer sind für Toleranz statt Hass und eine freie, solidarische und offene Gesellschaft auf die Straße gegangen.

„Ein solches Zeichen ist wichtig in einer Zeit, in der rechte Tendenzen zunehmen, in denen eine in Teilen rechtsextreme Partei im Bundestag sitzt und mit einem Abgeordneten in der Bürgerschaft vertreten ist. Eine Partei, deren Jugendorganisation in Bremen zu Recht vom Verfassungsschutz

beobachtet wird“, sagt der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Björn Tschöpe. „Für uns als SPD-Abgeordnete war selbstverständlich: Wir machen mit! Wir zeigen Gesicht! Und gemeinsam mit Tausenden anderen Bremerinnen und Bremern konnten wir deutlich machen: Wir sind mehr!“

THEMEN

SEITE 2 & 3:
BREMEN LEBENSWERT
Mehr Sicherheit und
Sauberkeit am Bahnhof



SEITE 5:
WOHNEN
Sozialbauquote soll
erhöht werden



SEITE 6:
ARBEIT
Landesmindestlohn soll
auf 10,93 Euro steigen



DIE SOZIS WÜNSCHEN

SCHÖNE FESTTAGE UND EINEN GUTEN RUTSCH INS NEUE JAHR!



INHALT

SEITE 04: BILDUNG & WISSENSCHAFT

Schulbauten & Wissenschaftsplan

SEITE 05: WOHNEN

Sozialbauquote & Erbpacht &

Mehr Einwohner für Strom

SEITE 06: ARBEIT

Landesmindestlohn soll steigen

SEITE 07: AKTUELLES

SPD-Fraktion will mehr Hospizplätze &

Kritische Fragen zur Patientenberatung

SEITE 08: GESUNDHEIT

Krankenstuben für Obdachlose &

Neue Regelung für Notfallversorgung &

Beamten Weg in die GKV ermöglichen

SEITE 09: AKTUELLES

Mitbestimmung über den Wolken &

Erste Schritte zu einem Tag

mit freiem Eintritt in Museen

SEITE 10: AKTUELLES

Millioneninvestitionen in Bremerhaven &

Finanzierung von Beratungsstellen &

Pilotprojekt zu „Bastelhäusern“

SEITE 11: FRAKTION VOR ORT

Der Rote Bus & „Sozi frei Haus“

SEITE 12: BILDUNG

Offensive für berufliche Bildung

DIE SPD-FRAKTION ONLINE



WWW.SPD-FRAKTION-BREMEN.DE

BREMEN SAUBERER

ORDNUNGSDIENST VON ANFANG AN ERFOLGREICH

Für mehr Sauberkeit und die Einhaltung der Regeln sorgen, dort einschreiten, wo es Verbesserungsbedarf gibt, ansprechbar sein und die Sicherheit erhöhen: Zu diesem Zweck hat in Bremen nun der Ordnungsdienst die Arbeit aufgenommen. In den vergangenen Haushaltsberatungen hatte die Bürgerschaft mit Unterstützung der SPD-Fraktion das Geld für diesen neuen Dienst bereitgestellt – mit dem die Lebens- und Aufenthaltsqualität in Bremen verbessert werden soll. Sükrü Senkal, in-nenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, zieht ein positives erstes Fazit.

„Wir wollen, dass die Bremerinnen und Bremer sich in ihrer Stadt wohlfühlen und sich gern dort aufhalten – und dafür spielen Sauberkeit und Sicherheit eine große Rolle“, betont der Sozialdemokrat und fügt an: „Es gibt Regeln, die für alle gelten – und bei denen jeder von uns schon einmal



Sükrü Senkal

beobachtet hat, dass sich leider nicht alle daran halten. Dass man seinen Müll nicht einfach auf die Straße wirft, dass man nicht einfach irgendwohin uriniert, dass man seinen Hund anleint, wo dies

vorgeschrieben ist, dass man dort von seinem Fahrrad absteigt und schiebt, wo das Fahren nicht erlaubt ist – um nur einige Beispiele zu nennen. Der neue Ordnungsdienst kümmert sich darum, dass diese Regeln eingehalten werden. Zudem ist er Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger und geht Hinweisen nach. Damit übernimmt er eine wichtige Funktion und schließt eine Lücke in Bremen.“

Senkal sieht sich in einem ersten Bericht, den die Leiterin des Ordnungsdienstes den Mitgliedern der Innendeputation Ende Oktober gab, in seiner Einschätzung bestätigt. In gut drei Wochen, so berichtete sie, hätten die derzeit zwölf Mitarbeiter 2.500 Bürgerkontakte gehabt, es in einigen Fällen bei einer Ermahnung und erklärenden Hinweisen belassen, in 90 Fällen aber auch eine Anzeige geschrieben – in einigen Fällen gegen Radfahrer, in anderen wegen unerlaubter Müllentsorgung, Verstößen gegen den Jugendschutz oder Wildpinkelns. Sie kümmerten sich aber auch um den Befall eines Hauses mit Ungeziefer oder um ein Kind, das zu schnell für seine Großeltern in die Straßenbahn stieg – und dann allein fuhr. „Das zeigt, dass der Ordnungsdienst ein Gewinn für alle Bremerinnen und Bremer ist“ sagt Senkal, „und es zeigt, dass es richtig ist, das Personal zum ersten Januar um zehn weitere Mitarbeiter aufzustocken, und die Arbeit so noch zu verstärken.“

BREMEN LEISER

FRAKTION SORGT SICH UM BAHNLÄRM



Lärm macht krank. Dauerhafte Lärmbelästigung kann zu Schlafstörungen führen und erhöht das Risiko für Herzinfarkte, Lernstörungen, Tinnitus und Depressionen. In Bremen und Bremerhaven sind aufgrund der Streckenführung besonders viele Menschen von Bahnlärm betroffen. Die Verantwortung für Lärmschutzmaßnahmen trägt der Bund.

Bereits im vergangenen Jahr hatte die Bürgerschaft auf Initiative der rot-grünen Koalition den Senat aufgefordert, sich beim Bund für Verbesserungen einzusetzen. Insbesondere sollten Erschütterungen durch vorbeifahrende Züge in den Blick genommen werden. Die SPD-Fraktion fragt nun in einer Kleinen Anfrage nach, was bisher er-

reicht werden konnte. „Wir wollen den aktuellen Sachstand erfahren“, erklärt die verkehrspolitische Sprecherin, Heike Sprehe, „denn für uns ist klar: Die Anwohnerinnen und Anwohner müssen wirksamer geschützt werden.“

Und spezielle Gleise, um insbesondere Erschütterungen zu reduzieren, müssen möglichst schnell verlegt werden.“



Heike Sprehe

> Anfrage: Bahnlärm verringern
http://tiny.cc/bahnlaerm_anfrage

BREMEN SICHERER

BAHNHOFSPLATZ: VOM SORGENKIND ZUM AUSHÄNGESCHILD

Bessere Beleuchtung, mehr Polizei: Um rund um den Bahnhof für mehr Aufenthaltsqualität und Sicherheit zu sorgen, hat Bremen erste Schritte unternommen. Weitere sollen folgen: Die Videoüberwachung soll verstärkt werden und die Polizei eine eigene Wache – direkt neben der Bundespolizei – erhalten. „Wir wollen, dass die Menschen sich am und im Bahnhof sicher fühlen“, sagt der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sükrü Senkal.



Zigtausende Menschen sind jeden Tag rund um den Bahnhof unterwegs. Pendler, die nach oder von Bremen aus zur Arbeit fahren, aber auch Touristen und Geschäftsreisende. „Der Bahnhofspatz ist Bremens Visitenkarte, er ist oft der erste Eindruck, den auswärtige Besucher von unserer Stadt erhalten“, sagt der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sükrü Senkal. „Bislang fühlten sich viele Menschen dort allerdings nicht sicher. Dass dort etwas passieren muss, dafür hat sich auch die SPD-Fraktion lange stark gemacht.“

Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen sei die Sicherheit und auch die Aufenthaltsqualität inzwischen deutlich verbessert worden, so der Sozialdemokrat. Dazu habe

Innensenator Ulrich Mäurer auch zahlreiche Gespräche mit den Akteuren vor Ort geführt.

„In den vergangenen Monaten konnte die Situation rund um den Bahnhof so deutlich verbessert werden“, sagt Senkal. „Die Polizei hat ihre Anwesenheit vor Ort noch einmal deutlich verstärkt, um gezielt gegen Kriminalität vorzugehen. Die verstärkte Präsenz der Beamtinnen und Beamten erhöht zudem das Sicherheitsgefühl der Passantinnen und Passanten.“ Als deutliche Verbesserung wertet er auch, dass die swb dort für mehr Licht gesorgt hat. „Dadurch, dass es dort nun deutlich heller ist, erhöht sich nicht nur das Sicherheitsgefühl. Auch die Aufenthaltsqualität steigt – zumal der

Platz nun zusätzlich öfter gereinigt wird“, sagt Senkal. Dazu trage auch bei, dass der neue Bremer Ordnungsdienst künftig gezielt auf die Sauberkeit achten und auch gegen „Müllsünder“ vorgehen werde. Doch damit sind die Bemühungen noch nicht am Ende. Im nächsten Jahr wird die Videoüberwachung deutlich ausgebaut und in einer Leitstelle im Polizeipräsidium ausgewertet. Zudem soll die Bremer Polizei in direkter Nachbarschaft zur Bundespolizei im Bahnhofsgebäude eine eigene Wache erhalten. Senkal: „Das bringt für die Bürgerinnen und Bürger klare Vorteile, weil sie dort dann eine zentrale Anlaufstelle vorfinden. Und es wird die Sicherheit in und rund um den Bahnhof zusätzlich erhöhen.“

UMBAU GESTARTET: DISKOMEILE WIRD ATTRAKTIVER – UND SICHERER

Der Umbau der Diskomeile hat begonnen. Im September starteten die Arbeiten, die die Meile attraktiver und vor allem sicherer machen sollen. „Ich freue mich, dass es hier – wenn auch leider erst sechs Jahre nach dem ersten, von uns initiierten Bürgerentscheid dazu – endlich losgeht“, sagt Sükrü Senkal.

„Die Meile soll ihr Schmuttel-Image verlieren, optisch ansprechender gestaltet werden und eine echte Visitenkarte Bremens werden“, fasst der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion die Pläne zusammen. „Vor allem soll sich dort aber auch die Sicherheitslage verbessern“, so Senkal weiter. „Durch die Beschränkung auf eine Fahrspur und die geplante komplette Sperrung am Wochenende wird mehr Platz geschaffen. Das dient nicht nur der Sicherheit der Menschen, die dort zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind. Gleichzeitig sollen so Konflikte und gewalttätige Auseinandersetzungen vermieden werden, die jetzt zum Teil



auch durch die Enge begründet sind, weil die Menschen kaum Platz haben, auszuweichen oder sich aus dem Weg zu gehen. Kurzum: Die Umgestaltung der Diskomeile ist unverzichtbar. Gut, dass unsere Forderung jetzt – wenn auch spät – endlich umgesetzt wird!“

BREMEN BAUT FÜR BILDUNG: ACHT NEUE SCHULEN – ELF ZUSÄTZLICHE GEBÄUDE

Acht komplett neue, elf zusätzliche Gebäude für bereits bestehende Schulen: Bremen investiert massiv in den Neu- und Ausbau von Schulen. Bis zum Jahr 2025 sollen die Gebäude stehen. „Das bedeutet natürlich einen enormen finanziellen Kraftakt für Bremen“, sagt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör. „Aber dieser Kraftakt ist nötig. Und er zeigt: Bildung ist unser Schwerpunkt – auch finanziell!“



Bremens Bevölkerung wächst – und besonders stark wächst die Zahl der Schulkinder. Laut statistischem Landesamt wird es 2025 im Vergleich zu 2017 insgesamt 18,8 Prozent mehr Grundschüler und 13,5 Prozent mehr Schüler an Oberschulen und

Gymnasien geben. Diese Zahlen sind die Grundlage für die Schulstandortplanung, die die Bildungsbehörde nun vorgelegt hat. Diese soll nun jährlich überprüft und im Bedarfsfall angepasst werden.



Mustafa Güngör

„Auf die stark ansteigenden Schülerzahlen müssen wir reagieren – sowohl durch den Ausbau bestehender, als auch durch den Bau neuer, zusätzlicher Schulen. Denn eines ist für uns völlig klar: Wir wollen keine größeren Klassen. Und wir wollen nicht, dass die Qualität in den

Schulen sinkt – sondern genau das Gegenteil“, sagt Mustafa Güngör mit Blick auf das Großprojekt, das Schätzungen zufolge mit mehr als 500 Millionen Euro zu Buche schlagen könnte.

Aber auch weit über diese Summe hinaus investiere Bremen in die Schulen: „Das zeigt nur einmal mehr: Bildung ist und bleibt unser zentraler Schwerpunkt. Wir haben hier in den vergangenen Jahren bereits deutlich aufgestockt, um die Schulen finanziell besser auszustatten und investieren im aktuellen Doppelhaushalt noch einmal mehr als 200 Millionen Euro zusätzlich in die Bereiche Kinder und Bildung“, sagt Güngör und betont, dass dieser Weg fortgesetzt werden muss: „Als SPD-Fraktion fordern wir schon seit langem, dass wir im Bildungsbereich an die Ausgaben, die die anderen Stadtstaaten pro Schülerin und Schüler investieren, anschließen müssen. Dass die anderen Parteien nun im Bildungskonsens auch diese Meinung vertreten, ist ein wichtiges Signal für die kommenden Jahre.“

WISSENSCHAFTSPLAN 2025: DEUTLICH MEHR GELD FÜR HOCHSCHULEN GEPLANT

Mehr Studienplätze, neue, innovative Studienangebote, mehr Arbeitsplätze für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und eine engere Vernetzung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft – so lassen sich die Hauptziele des unlängst vorgestellten Entwurfs des Wissenschaftsplans 2025 zusammenfassen. Der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, ist überzeugt: „Mit dem neuen Wissenschaftsplan gehen wir einen wichtigen Schritt hin zur Sicherung der Attraktivität des Wissenschaftsstandortes Bremen.“

„Die vorgesehenen Maßnahmen im vorgelegten Entwurf des Wissenschaftsplans 2025 werden die Hochschulen im Land Bremen deutlich stärken“, sagt Gottschalk. „Dies zeigt sich schon durch die deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel für die Einrichtungen.“ Um bis zu 190 Millionen Euro könnte die Grundausstattung der Hochschulen im Land Bremen steigen – also um über 50 Prozent. „Dies ist ein absolut richtiges Signal, damit die Hochschulen ihre ambitionierten Ziele in Forschung und Lehre erreichen können“, so der Sozialdemokrat weiter. Verbunden damit sei auch der

Wunsch nach einem Erhalt und Ausbau der Forschungsexzellenz in Bremen. Deshalb solle der Wissenschaftsplan die Universität auch in den Vorbereitungen auf die nächste Bewerbungsrunde in der Exzellenzstrategie unterstützen. Ein Schwerpunkt sei zudem der Ausbau des wissenschaftlichen Mittelbaus, um die Lehre zu stärken. Dazu sollten auch mehr Professuren geschaffen und mehr Mitarbeiter sowohl im wissenschaftlichen wie auch im nicht-wissenschaftlichen Bereich an den Hochschulen beschäftigt werden.

Gottschalks Fazit fällt also durchweg positiv aus: „Der Entwurf für den Wissenschaftsplan 2025 ist ein klares Bekenntnis zum Wissenschaftsstandort Bremen. Und er macht noch einmal ganz deutlich: Die Universität und die Hochschulen sind wichtige Impulsgeber für das Land Bremen und seine beiden Städte.“



Arno Gottschalk

MEHR SOZIALER WOHNUNGSBAU – SPALTUNG DER STADT ENTGEGENWIRKEN

Bremen soll die Quote für den sozialen Wohnungsbau von bisher 25 auf 30 Prozent erhöhen. Das ist das Ziel eines Antrages, den die SPD-Fraktion nun in die Bürgerschaft eingebracht hat. Und nicht nur das: Die Quote soll sich stärker ausdifferenzieren, um für eine bessere Durchmischung der Stadtteile zu sorgen.

Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, verkauft die Stadtgemeinde Bremen größere öffentliche Bauflächen nur noch unter der Auflage, dass 25 Prozent des dort entstehenden Wohnraums an Menschen mit B-Schein-Berechtigung zu vermieten sind – mit entsprechend niedrigen Mieten. Solche Sozialquoten gibt es auch in Berlin und Hamburg, und dort wurden sie inzwischen sogar auf 30 Prozent angehoben.

Bremen soll diesem Beispiel folgen und künftig ebenfalls 30 Prozent bezahlbaren Wohnraum zur Bedingung machen. Gleichzeitig soll die Quote künftig nicht mehr starr, sondern differenziert Anwendung finden. Konkret: In Quartieren, in denen schon viele Sozialwohnungen bestehen, soll die Sozialbauquote künftig geringer ausfallen. Dafür soll in Stadtteilen, in

denen bisher nur verhältnismäßig wenig bezahlbarer Wohnraum zu finden ist, deutlich mehr preisgünstiger Wohnraum entstehen.

Auch Menschen ohne oder mit geringem Ein-



Foto: Petra Bork/pixelio.de

kommen soll auf diese Weise ermöglicht werden, in diesen Quartieren zu leben. Und auf der anderen Seite soll auch in sogenannten „benachteiligten Quartieren“ durch mehr Wohnraum auch für besser situierte Menschen die soziale Durchmischung verbessert werden.

„Unser Ziel ist es, auf die ganze Stadt gerechnet mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, indem die Sozialbauquote auf 30 Prozent erhöht wird. Gleichzeitig wollen

wir durch die Differenzierung dieser Quote der zunehmenden Segregation, also dem Auseinanderdriften unserer Ortsteile und Wohnquartiere, entgegenwirken“, betont der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe.



DOWNLOAD
> ANTRAG: SOZIALEN
WOHNUNGSBAU AUSWEITEN
[HTTP://TINY.CC/SOZIALBAUQUOTE](http://tiny.cc/sozialbauquote)



Björn Tschöpe

MEHR EINWOHNER FÜR STROM

Etwa 1.000 Menschen sollten im Ortsteil Strom wohnen. So sahen es die politischen Planungen der 80er-Jahre vor. Dieses Einwohnerwachstum sollte auch dem Ziel dienen, die Ortsgemeinschaft zu sichern und Infrastruktur im nahen Umfeld erhalten zu können. Dieses Ziel ist bislang jedoch nicht erreicht worden. Aktuell liegt die Zahl der Einwohner bei etwa 420. „Das Argument, das damals als Grund für die Planungen diente, ist auch heute noch aktuell“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe. „Damit die Ortsgemeinschaft langfristig überleben kann, muss die Bevölkerungszahl steigen. Dies ist aber auch deshalb erstrebenswert, weil es in Bremen einen erheblichen Bedarf an Flächen für den Wohnungsbau gibt, um das Mietniveau zu dämpfen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. In Strom ist zulässige Bebauung aber noch nicht realisiert worden.“ Die SPD-Fraktion hat sich daher in einer Kleinen Anfrage erkundigt, warum die Möglichkeiten des Bebauungsplans noch nicht genutzt worden sind, wie dies geändert werden kann – und wird die Antworten nun prüfen.



> Zur Anfrage: http://tiny.cc/bauflaeachen_strom

ERBPACHT: LEICHTER ZUM EIGENHEIM

„Selbstgenutztes Wohneigentum ist eine wichtige Säule bei der Altersvorsorge“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe. „Für viele, die nicht geerbt haben, bleibt das eigene Haus heute trotz eigentlich gutem Einkommen ein Traum. Öffentliche Grundstücke per Erbpacht zu vergeben, kann hier eine Möglichkeit sein, weil parallel zum Hausbau nicht auch noch das Grundstück finanziert werden muss.“ Die SPD-Fraktion hatte sich daher in einer Großen Anfrage beim Senat erkundigt, wie er dieses Instrument einschätzt und ob er Möglichkeiten sieht, in Bremen verstärkt darauf zurückzugreifen. „In seiner Antwort bestätigt der Senat uns in unserer Auffassung, dass die Vergabe auf Erbpachtbasis unter bestimmten Voraussetzungen ein Mittel sein kann, um Familien mit geringem Eigenkapital das Bauen zu ermöglichen“, sagt Tschöpe. „Auch kann sie ein Baustein zur Wohnungsbauförderung und für eine bessere Durchmischung der Stadtteile sein. Wir werden dieses Thema daher weiterverfolgen und darauf dringen, dass der Senat die dafür nötigen Konzepte erarbeitet.“

> Zur Antwort auf die Große Anfrage: <http://tiny.cc/erbpacht>

LANDESMINDESTLOHN: EIN GEHALT MUSS ZUM LEBEN REICHEN!

„Wer arbeitet, soll auch davon leben können“, sagt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sybille Böschen. Der aktuell auf Bundesebene gültige Mindestlohn von 8,84 Euro reicht allerdings nicht. Viele Vollzeitbeschäftigte sind sogenannte „Aufstocker“ – um über die Runden zu kommen, sind sie auf zusätzliche staatliche Hilfe angewiesen. Die SPD-Fraktion hat darauf nun reagiert: Bremen soll seine rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen und den Landesmindestlohn deutlich anheben.

2012 war Bremen schon einmal Vorreiter. Damals beschloss die Bürgerschaft den Landesmindestlohn. Seither gilt: Wer bei einem Arbeitgeber beschäftigt ist, der direkt unter Einfluss Bremens steht oder für ein Unternehmen arbeitet, das im Auftrag Bremens Dienstleistungen erbringt, erhält den Landesmindestlohn. „Viele andere Länder und schließlich auch der Bund sind uns später gefolgt“, sagt Sybille Böschen, „wir haben damals also von Bremen aus einen wichtigen Impuls gesetzt für die Einführung eines bundesweit einheitlichen Mindestlohns und gegen Dumping- und Armutslöhne.“

Aktuell liegt diese bundesweit gültige Lohnuntergrenze bei 8,84 Euro, ab dem 1. Januar 2019 steigt sie dann auf 9,19 Euro pro Zeitstunde. „Das reicht aber nicht, um trotz Vollzeitjob auf staatliche Unterstützung verzichten zu können“, erklärt die

Die SPD-Fraktion hat daher beschlossen, dass der Landesmindestlohn auf 10,93 Euro steigen soll. Der Betrag ergibt sich dadurch, dass die Höhe des Landesmindestlohns künftig an die Entgeltgruppe 1, Stufe 4 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) gekoppelt werden soll – auch, was zukünftige Tarifsteigerungen angeht. Und er liegt über dem von der Hans-Böckler-Stiftung ermittelten Minimum. Er würde es den betroffenen Beschäftigten also ermöglichen, von ihrer Arbeit auch wirklich leben zu können.

„Uns geht es darum, dort, wo wir es als Land können und Einfluss haben, den Mindestlohn auf ein angemessenes Niveau zu heben“, sagt Sybille Böschen. „Damit verbunden ist aber ganz klar die Hoffnung und die Erwartung, dass Bremen erneut zum Vorreiter wird. Es kann nicht sein, dass Vollzeitbeschäftigte trotz Mindestlohn zum Amt gehen und aufstocken müssen, weil es sonst zum Leben einfach nicht reicht. In Bremen gehen wir jetzt einen ersten Schritt, um das zu ändern – aber nicht nur hier, sondern bundesweit muss gelten: Wer arbeitet, soll davon auch leben können!“



stellvertretende Fraktionsvorsitzende und verweist auf eine Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung.

Diese hatte für unterschiedliche Großstädte ermittelt, wie hoch der Mindestlohn sein müsste, damit jemand, der Vollzeit arbeitet, seinen Lebensunterhalt decken kann, ohne aufstocken zu müssen. Für Bremen kam die Stiftung dabei auf einen Betrag von 10,53 Euro pro Stunde.

Das liegt deutlich über der bundesweit gültigen Lohnuntergrenze – und auch über dem Bremer Landesmindestlohn, der derzeit daran gekoppelt ist. Für die SPD-Fraktion ein Grund, etwas zu unternehmen. „Wer von Steuergeld bezahlt wird, muss auch einen ordentlichen Lohn erhalten“, sagt Sybille Böschen. „Er muss seinen Lebensunterhalt bestreiten können, ohne auf staatliche Zuschüsse angewiesen zu sein.“



DOWNLOAD

> ANTRAG: ÄNDERUNG DES LANDESMINDESTLOHNGESETZES

[HTTP://TINY.CC/MINDESTLOHN](http://tiny.cc/mindestlohn)

RECHTSANSPRUCH AUF HOSPIZVERSORGUNG BUNDESWEIT DURCHSETZEN!

Palliativ- und Hospizversorgung ermöglicht Menschen eine würdevolle Begleitung bis zum Lebensende. Doch reicht das entsprechende Platzangebot in Deutschland nicht aus, viele Einrichtungen haben lange Wartelisten. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion setzt sich daher für einen bundesweiten Rechtsanspruch auf einen Hospizplatz ein und will die Kapazitäten in Bremen ausbauen.

„Wir müssen dafür sorgen, dass Menschen an ihrem Lebensende die Versorgung bekommen, die sie sich wünschen“, sagt der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Möhle. Häufig sei dies derzeit aber nicht der Fall, denn die Plätze reichten

Mit dem im Jahr 2015 im Bundestag beschlossenen Hospiz- und Palliativgesetz habe sich schon einiges verbessert, so Möhle. Die Palliativversorgung sei nun ausdrücklicher Bestandteil der Regelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). „Es gibt aber nur diesen Anspruch auf finanzielle Unterstützung, nicht aber auf einen Platz“, erklärt Möhle.



Klaus Möhle

Die SPD-Fraktion habe daher einen Antrag auf den Weg gebracht, der den Senat auffordert, sich mit einer Bundesratsinitiative für einen entsprechenden Rechtsanspruch einzusetzen.

Zudem soll er ein Konzept für acht zusätzliche Hospizplätze in Bremen vorlegen.

nicht aus, und viele Einrichtungen hätten lange Wartelisten. „Das ist für die Menschen an ihrem Lebensende und ihre Angehörigen eine Zumutung“, sagt Möhle. „Es kann nicht sein, dass Menschen so lange auf der Warteliste eines Hospizes stehen, bis sie keinen Platz mehr brauchen, weil sie gestorben sind. Ich halte es für ein moralisches Gebot, dass Menschen eine tatsächliche Wahl haben, wie und wo sie sich ein Sterben in Würde vorstellen können. Deswegen müssen wir hier etwas unternehmen.“



DOWNLOAD

> ANTRAG: RECHTSANSPRUCH AUF HOSPIZVERSORGUNG BUNDESWEIT DURCHSETZEN!

[HTTP://TINY.CC/HOSPIZVERSORGUNG](http://tiny.cc/hospizversorgung)

UNABHÄNGIGE PATIENTENBERATUNG – MITTLERWEILE EINE FARCE?

Die Zahl der in Bremen geführten Patientenberatungsgespräche ist in den vergangenen Jahren massiv zurückgegangen – seit der Übernahme der gemeinnützigen Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD) durch die Sanvartis GmbH.

„Wir haben den Wechsel hin zu einem privaten Anbieter von Anfang an mit großer Skepsis gesehen“, sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Steffi Dehne. Diese Skepsis sei nun sogar noch einmal größer geworden. Der Grund: Sanvartis hat eine neue Eigentümerin – ein Personal- und Vertriebsdienstleistungsunternehmen, das unter anderem Referenten für die Pharmaindustrie qualifiziert. Dehne fürchtet dadurch umso mehr um die Neutralität und Unabhängigkeit der Beratung – eine Sorge, die auch der Senat teilt, wie aus seiner Antwort auf Dehnes mündliche Anfrage in der Bürgerschaft



Foto: Rainer Sturm/ pixelio.de

hervorgeht. Auch bei ihr sei das Misstrauen gewachsen, sagte Gesundheitssenatorin Eva Quante-Brandt – und kündigte an, dass der Senat Änderungen bei der Patientenberatung anstrebe und dazu eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen werde. Dehne begrüßt das ausdrücklich:

„Wir müssen aus den negativen Erfahrungen Konsequenzen ziehen und wieder für eine echte unabhängige Patientenberatung sorgen!“

Zur Frage:

http://tiny.cc/unabhaengige_beratung

EIN WARMES BETT FÜR KRANKE OBDACHLOSE UND WOHNUNGSLOSE MENSCHEN



Erkrankte obdachlose oder wohnungslose Menschen sollen künftig in Krankenstuben besser versorgt werden. Einen entsprechenden Antrag der rot-grünen Koalition hat die Stadtbürgerschaft in ihrer Novembersitzung beschlossen. Der Senat soll nun konzeptionell sicherstellen, dass auch diese Menschen die Möglichkeit erhalten, sich in einem warmen Bett auszukurieren.

Der Winter naht – und damit auch die Zeit von Erkältungen und Grippe. „Husten, Schnupfen, Gliederschmerzen, Fieber – wir alle kennen das. Und wir alle wissen, wie es ist, wenn man von einem Moment auf den anderen körperlich abbaut und nur noch nach Hause ins warme Bett will, um sich auszukurieren“, erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Steffi Dehne.

Was aber ist mit jenen, die kein warmes Bett und nicht einmal ein Dach über dem Kopf haben? Für diese Menschen sollen nun Krankenstuben geschaffen werden. Das hat die Stadtbürgerschaft in ihrer Novembersitzung auf Initiative von SPD und Grünen beschlossen. In bestehenden Einrichtungen sollen spezielle Räume für

obdachlose und wohnungslose Menschen geschaffen werden, die vorübergehend erkrankt sind oder sich nach einem Krankenhausaufenthalt noch in der Genesungsphase befinden. Dort sollen sie sich – unter Betreuung von Sozialarbeitern – auskurieren können.

„Damit wollen wir die bestehenden Versorgungsangebote ergänzen“, sagt Dehne, „und nicht zuletzt sollen die neuen Einrichtungen helfen, gravierendere Erkrankungen zu verhindern – damit beispielsweise aus einer Bronchitis am Ende keine Lungenentzündung wird.“ Das Angebot soll dabei nicht auf eine Einrichtung beschränkt sein, so Dehne. „Wir wollen jetzt mit allen Beteiligten überprüfen, wo Krankenstuben sinnvoll sind und ermöglicht werden kön-

nen und das auch mit bereits bestehenden Angeboten abgleichen. Denn zum Glück gibt es bereits Initiativen wie die Humanitäre Sprechstunde oder auch Ärztinnen und Ärzte, die ehrenamtlich Obdachlose behandeln“, erklärt die Sozialdemokratin. Eingerichtet werden sollen die Krankenstuben auch in bereits bestehenden Hilfseinrichtungen für wohnungslose Menschen: „Die Adressen sind den Betroffenen bekannt, so dass sie sich dort zumindest ein Stück weit heimisch fühlen und Räume und Mitarbeiter kennen. Dadurch kann die Akzeptanz von Anfang an deutlich gesteigert werden.“



DOWNLOAD

> ANTRAG: „KRANKENSTUBEN“ FÜR OBDACHLOSE UND WOHNUNGSLOSE
[HTTP://TINY.CC/KRANKENSTUBE](http://tiny.cc/krankenstube)

FREIE KASSENWAHL AUCH FÜR BEAMTE

Beamten und Beamte sollen ab 2020 einen pauschalen Beihilfeszuschuss erhalten und sich so – ohne finanzielle Nachteile befürchten zu müssen – gesetzlich krankenversichern können. Für neue Anwärter soll die Regelung bereits ab 2019 gelten. Das hat die Bürgerschaft auf Initiative der SPD-Fraktion im November gefordert.

„Außerdem soll geprüft werden, wie auch Bestandsbeamte einbezogen werden können, die sich bisher freiwillig in der GKV versichert haben“, erklärt Steffi Dehne. Insgesamt sei der Beschluss ein erster Schritt hin zu einer solidarischen Bürgerversicherung. „Hamburg ist diesen Schritt schon gegangen, jetzt wollen wir dadurch auch in Bremen einen Beitrag zur Stärkung des Solidarsystems leisten und hoffen, dass weitere Bundesländer diesem Beispiel folgen“, so Dehne.

NOTFALLVERSORGUNG SOLL VERBESSERT WERDEN

Künftig soll es eine einheitliche Anlaufstelle für Notfallpatientinnen und Notfallpatienten in Form von integrierten Notfallzentren geben. Dafür wird sich Bremen auf Initiative der SPD-Fraktion auf Bundesebene einsetzen. „Diese Notfallzentren sollen an einem Krankenhaus angesiedelt und rund um die Uhr geöffnet sein“, so Steffi Dehne.

Die Idee dahinter: „Im Notfall, aber auch bei nicht-lebensbedrohlichen Beschwerden, sollen Patienten schnell und unkompliziert die passende Hilfe erhalten“, erklärt Dehne. Für viele Patientinnen und Patienten sei im Fall des Falles oft nicht klar, an wen sie sich wenden sollen. Zum ärztlichen Bereitschaftsdienst der Kassenärztlichen Vereinigung? Morgen zum Hausarzt? Oder gleich in die Notaufnahme? Der richtige Weg sei vielen Menschen einfach nicht klar – und nicht selten wisse man auch einfach nicht: Bin ich jetzt

wirklich ein Notfall, oder reicht es, morgen früh zum Hausarzt zu gehen? „In derartigen Situationen und insbesondere in Notfällen brauchen Menschen aber schnelle, passgenaue Hilfe in für sie nachvollziehbaren Strukturen. Deshalb wollen wir feste Anlaufstellen, in denen die Leistungen des kassenärztlichen Bereitschaftsdienstes und der Notaufnahmen zusammengeführt werden, um die Versorgung der Patientinnen und Patienten zu verbessern.“



Steffi Dehne



DOWNLOAD

> ANTRAG: AMBULANTE NOTFALLVERSORGUNG DAUERHAFT VERBESSERN
[HTTP://TINY.CC/NOTFALLVERSORGUNG](http://tiny.cc/notfallversorgung)

ARBEITNEHMERRECHTE MÜSSEN AUCH ÜBER DEN WOLKEN GELTEN

„Die Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Betrieben muss eine Selbstverständlichkeit sein!“, betont die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sybille Bösch. Eine gesetzliche Sonderregelung schließt das fliegende Personal von Luftfahrtunternehmen allerdings häufig davon aus. Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Bürgerschaft daher einen Antrag beschlossen, mit dem diese Regelung abgeschafft werden soll.

Anfang November war es soweit: Die letzte Ryanair-Maschine, die in Bremen stationiert war, landete in der Hansestadt. Die Fluggesellschaft schloss die Bremer Basis, wovon 90 Beschäftigte betroffen sind. Ryanair hatte diese Schließung mitten in einer erbitterten Tarifauseinandersetzung verkündet, die auch zu Streiks führte. Die

Möglichkeit, ihre Mitbestimmungsrechte wahrzunehmen und stehen schutzlos da. Piloten und Flugbegleiter haben somit keine Möglichkeit, einen Betriebsrat zu wählen, wenn der Arbeitgeber sich dem verweigert. Für die 20.000 betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Ryanair existiert damit bis heute kein betriebliches Mitbestimmungsgremium.“

Eine entsprechende Bundesratsinitiative ist inzwischen schon auf den Weg gebracht. Arbeitsminister Hubertus Heil ist ebenfalls tätig geworden, und hat einen entsprechenden Gesetzentwurf ins Kabinett eingebracht. Ziel ist es, eine Betriebsratsgarantie in Deutschland umzusetzen.

„Das ist ein richtiger und auch in die Zukunft gerichteter Ansatz“, so Bösch abschließend. „Deutschland und die hier ansässigen Unternehmen



Beschäftigten setzten sich für eine bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen, aber auch für Tarifverträge und Mitbestimmung ein. Die Schließung in Bremen wurde von ver.di als Vergeltungsaktion für den Streik aufgefasst.

Dass es hier keine betriebliche Mitbestimmung gibt, liegt an einer Ausnahmeregelung des Betriebsverfassungsgesetzes. Dies sieht grundsätzlich in Betrieben mit mindestens fünf Beschäftigten die Wahl eines Betriebsrats vor. Für das fliegende Personal gelten allerdings andere Regeln. „Piloten und Flugbegleiter können einen Betriebsrat nur dann wählen, wenn dies durch einen Tarifvertrag vorgesehen ist“, erklärt Sybille Bösch. „Gibt es keinen Tarifvertrag, haben die Betroffenen keine

Grund für diese Ausnahmeregelung sei seinerzeit gewesen, dass dieses Personal nicht ortsgebunden arbeite, erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende – und macht klar, was sie davon hält: „Es ist absolut unverständlich, warum für das fliegende Personal andere Rechte gelten sollen als für die übrigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im selben Unternehmen.“

Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Bürgerschaft daher beschlossen, dass Bremen sich auf Bundesebene für die Abschaffung dieser Regelung einsetzen soll.

stehen vor großen Herausforderungen. Globalisierung, Flexibilisierung und Digitalisierung werden einschneidende Veränderungen im wirtschaftlichen, arbeitsorganisatorischen und arbeitsrechtlichen Bereich nach sich ziehen. Starke Betriebsräte können dafür sorgen, dass die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei all diesen Veränderungen eine Stimme haben – auch über den Wolken.“

> Antrag: Über den Wolken darf die Ausbeutung nicht grenzenlos sein!
http://tiny.cc/betriebsrat_flieger

KOSTENLOS INS MUSEUM: EINTRITTSFREIER TAG SOLL GETESTET WERDEN

Mindestens ein eintrittsfreier Tag in den öffentlichen Museen in Bremen und Bremerhaven pro Woche – dieses Ziel will die SPD-Fraktion erreichen. Sie hat daher eine Große Anfrage an den Senat gerichtet, in der sie sich nach Möglichkeiten zur Umsetzung, aber auch nach möglichen Schwierigkeiten auf dem Weg dorthin erkundigt.

Was Bremen ausmacht, ist auch immer mit einem Blick in die Vergangenheit verbunden. Mit dem, was die Bremerinnen und Bremer einst „buten un binnen“ zusammentrugen, mit Geschichte und Erinnerung. Die Orte, wo diese Erinnerungen gepflegt werden, sind auch und vor allem Museen. Und die SPD-Fraktion will, dass alle Zugang zu den Orten dieses kollektiven Gedächtnisses haben – unabhängig vom Geldbeutel. „Die staatlichen Museen gehören allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, also sollten auch alle Zutritt haben – unabhängig vom Einkommen oder individuellen Bildungsgrad“, sagt der

kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Elombo Bolayela. Der Sozialdemokrat ist überzeugt, dass ein kostenfreier, möglichst in allen Museen einheitlicher Tag dazu beitragen kann, neue Besuchergruppen wie Bezieher von Sozialleistungen oder Menschen mit Migrationshintergrund für die Museen zu erschließen. „Ein kostenfreier Eintritt kann dabei helfen, Schwellenängste abzubauen und ‚einfach mal‘ ins Museum zu gehen“, sagt er.

„In diesem Sinne freuen wir uns, dass der Antwort des Senats zu entnehmen ist, dass es in einigen Museen bereits eintrittsfreie Tage gibt“ so Bolayela weiter. Er weist aber auch darauf hin, dass ein freier



Elombo Bolayela

Eintritt von weiteren Maßnahmen flankiert werden sollte – etwa von Kunstvermittlern, die gezielt in die Stadtteile gehen. „So werden nicht einfach Menschen ins Museum geholt, sondern wird die Idee des Museums direkt zu den Menschen gebracht.“

Bolayela begrüßt daher, dass der Senat dazu das Gerhard-Marcks-Haus um ein Modellprojekt mit einer detaillierten Auswertung bitten will. Auch soll in den Museen die Besucherstruktur genauer analysiert. Mit einer Testphase in den staatlichen Museen sollen die Kosten für den eintrittsfreien Museumstag genauer ermittelt werden. Bolayela: „Das sind gute und richtige konzeptionelle Schritte, damit wir unserem Ziel ein Stück näher kommen: Wir wollen alle einladen, an Kultur teilzuhaben – unabhängig von Herkunft oder Geldbeutel.“

> Zur Antwort des Senats:
http://tiny.cc/museum_frei

MILLIONENINVESTITIONEN IN BREMERHAVENS HAFEN-INFRASTRUKTUR

Mehr als 17 Millionen Euro für die Kaje 66, 25,5 Millionen Euro für den Neubau der Nordmole, 1,2 Millionen Euro für eine neue Steganlage im Neuen Hafen und 710.000 Euro für erste Schritte hin zum Werftquartier: Bremen investiert massiv in die Bremerhavener Infrastruktur. „Damit haben wir in Parlament und Senat wichtige Weichen gestellt, um diese zentralen Projekte weiter voranzutreiben“, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, Sybille Böschen.

So hat die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen eine neue Steganlage im Neuen Hafen beschlossen. Der Holzsteg, der sich dort derzeit befindet und der von einem Pilz befallen ist, soll abgerissen und durch einen schwimmenden Steg aus Stahlbeton ersetzt werden. Knapp die Hälfte der Baukosten von etwa 1,2 Millionen Euro trägt der Bund.

„Durch den Pilzbefall muss die Anlage ohnehin erneuert werden“, erklärt der Bremerhavener SPD-Abgeordnete Frank Schildt. „Dass dieser Neubau nun dafür genutzt wird, eine ‚große Lösung‘ anzugehen und hier eine Infrastruktur zu schaffen, die flexibler und besser nutzbar ist, ist eine gute Entscheidung. Wichtig ist, dass die Bauarbeiten bis zur Sail im Jahr 2020 abgeschlossen sind, denn hier hat der Steg eine zentrale Bedeutung.“



Frank Schildt



Ein neuer Steg für den Neuen Hafen – künftig soll hier ein besser nutzbarer Betonsteg zu den Schiffen führen

710.000 Euro fließen nach einem Beschluss der Deputation zudem in Vorplanungen für das neue urbane Werftquartier, das rund um den Handelshafen und den Werfthafen entstehen soll. Das Land Bremen und die Stadt Bremerhaven teilen sich die Kosten. „Dies ist ein zentrales Projekt, um den Stadtteil Geestemünde zu erweitern sowie die Havenwelten und den Fischereihafen näher zusammenzuführen“, erklärt die Bremerhavenerin Sybille Böschen.

Zwei Großprojekte hat derweil der Senat auf den Weg gebracht. Zum einen soll die marode Nordmole an einem leicht veränderten Standort neu gebaut werden. Dies

wird bis zum Jahr 2025 gut 25 Millionen Euro kosten. Zum anderen wird die dringend sanierungsbedürftige Kaje 66 erneuert, die im Eckbereich von Columbuskaje und der Einfahrt der Nordschleuse liegt. „Für den Hafen ist die Kaje von zentraler Bedeutung, weil sie für Kreuzfahrtschiffe genutzt wird und angrenzend Autos zum weiteren Transport aufgestellt werden. Es ist daher absolut richtig, dass Bremen nun das nötige Geld in die Hand nimmt, um sie wieder instand zu setzen“, erklärt Frank Schildt.

Kosten wird das Vorhaben 17,7 Millionen Euro. Die Hälfte wird der Bund über ein Förderprogramm tragen.

ERSTES „BASTELHAUS“ IN BREMERHAVEN

Klushuizen – zu Deutsch in etwa „Bastelhäuser“ – heißt die Idee aus den Niederlanden. Das Prinzip: Schrottimmobilien werden von der Kommune gekauft und zu günstigen Konditionen weitergegeben. Im Gegenzug für den niedrigen Kaufpreis müssen die Käufer das Objekt in Eigenleistung sanieren und verpflichten sich, eine gewisse Zeit selbst dort zu wohnen.

Dadurch sollen die Immobilien aufgewertet und zugleich etwas für eine bessere Durchmischung der Stadtteile unternommen werden. In den vergangenen Haushaltsberatungen waren auf Initiative der SPD-Fraktion 400.000 Euro für ein entsprechendes Pilotprojekt in Bremerhaven bereitgestellt worden. Nun ist es soweit: Die Stäwog geht die Kernsanierung eines Hauses im Goetheviertel an, und wird dann die Wohnungen im fast rohen Zustand günstig weitergeben.

BESSERE FINANZIERUNG FÜR BERATUNGSSTELLEN

Seit vielen Jahren leisten Einrichtungen freier Träger eine wichtige Beratungsarbeit für Mädchen, Jungen und Frauen mit Gewalterfahrungen. Künftig sollen sie verlässlicher finanziert werden. Das hat die Bürgerschaft auf Initiative von SPD und Grünen beschlossen. Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Möhle, ist sich sicher: „Damit unterstützen wir die Einrichtungen bei ihrer wichtigen Arbeit.“

„Über Gewalt und insbesondere über sexuelle Gewalt zu sprechen ist beklemmend“, erklärt der Sozialdemokrat. „Die seelische Belastung ist für die Betroffenen oft extrem hoch – nicht selten werden ganze Lebensläufe zerstört. Es ist also völlig klar: Diese Menschen brauchen Hilfe.“

Bremen verfüge dabei über eine gute Struktur von Einrichtungen, die Opfern und ihren Angehörigen Schutz, eine unbürokratische Akutversorgung, Beratung oder therapeutische und juristische Hilfe böten,

betont Möhle. Bislang finanzieren sie sich über Tagessätze oder Projektfördermittel.

„Das bedeutet, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter viel Arbeit darauf verwenden müssen, sich um die Finanzierung zu kümmern – wir wollen stattdessen, dass sie sich in erster Linie um ihre eigentliche Aufgabe kümmern können“, sagt Möhle. Deswegen hat die Bürgerschaft jetzt auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen, dass die Finanzierung künftig auf eine institutionelle Förderung umgestellt werden soll, die nur noch einmal im Jahr beantragt werden muss und den Einrichtungen mehr Planungssicherheit bietet. Möhle: „Wir wollen, dass diese Einrichtungen gut und verlässlich finanziert werden – unser Antrag hilft ihnen bei ihrer wichtigen Arbeit.“

> Antrag: Frauenhäuser und Beratungsstellen für Frauen und Kinder mit Gewalterfahrungen nachhaltig absichern!
<http://tiny.cc/frauenhaeuser>

„SOZI FREI HAUS!“ UND „ROTER BUS“: REDEN SIE TACHELES MIT UNS!

Wo drückt der Schuh? Was brennt Ihnen unter den Nägeln? Wir möchten, dass Sie Tacheles mit uns reden. Deshalb haben wir unter anderem „Sozi frei Haus!“ und den „Roten Bus“ ins Leben gerufen – damit Sie unseren Abgeordneten Ihre Meinung sagen können.

Und genau das wollen wir Ihnen möglichst einfach machen: Dazu sind unsere Abgeordneten mit dem „Roten Bus“ nicht nur regelmäßig an belebten Plätzen in Bremen und Bremerhaven zu finden, sondern wir bieten mit unserer Aktion „Sozi Frei Haus!“ zusätzlich eine „Abgeordneten-Bestell-Möglichkeit“ an.

Was wie ein Lieferversprechen klingt, löst genau das auch ein: Wenn Sie ein Thema mit einem oder einer SPD-Abgeordneten diskutieren möchten, schicken Sie uns einfach die ausgefüllte Postkarte, die sich gegenwärtig in vielen Restaurants und Kneipen in den entsprechenden Kartenständern findet, oder eine E-Mail an spd-fraktion@spd-bremen.de. Die Fraktion liefert dann umgehend eine/n „Sozi frei Haus“ zum Diskutieren – und das zum Wunschtermin an die Wunschadresse.



Fraktionsvorsitzender Björn Tschöpe am Roten Bus



FRAKTION VOR ORT: TERMINE UND ORTE
SPD-FRAKTION-BREMEN.DE/FRAKTION-VOR-ORT

Sozi frei Haus!



Neugierig?

SOZI FREI HAUS AUCH ONLINE UNTER:
WWW.SPD-FRAKTION-BREMEN.DE/SOZI-FREI-HAUS

Wann und wo wir mit dem „Roten Bus“ oder in anderer Weise vor Ort sind, erfahren Sie jederzeit auf unserer Homepage. Unsere Abgeordneten freuen sich auf die Gespräche mit Ihnen!



SPD BÜRGERSCHAFTSFRAKTION
LAND BREMEN

FRAKTION FREI HAUS!

UNSERE POLITIK IM ABO

IHRE / EURE ANGABEN:

ROTHEUTE

Magazin der SPD-Fraktion
Erscheinungsweise: vier Mal jährlich

per E-Mail (PDF) per Post

☐
☐

FRAKTIONSVERANSTALTUNGEN

Einladungen zu Veranstaltungen

☐
☐

PARLAMENTSTICKER

Aktuelle Infos aus dem Parlament
Erscheinungsweise: drei Mal monatlich

☐

PRESSEMITTEILUNGEN

Aktuelle Infos der SPD-Fraktion

☐

IHRE / EURE ADRESSE*:

Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail

Die ausgefüllte
Bestellung...

... bitte per Post an:

SPD-Fraktion Bremen
Wachtstraße 27/29
28195 Bremen

... oder per Fax an:

0421/32 11 20

... oder per Mail an:

[spd-fraktion@
spd-bremen.de](mailto:spd-fraktion@spd-bremen.de)





ICH BIN DER MEINUNG, DASS...

... wir eine Investitions-
offensive für berufliche
Bildung brauchen!

Sybille Böschen,
Sprecherin für Arbeit



OFFENSIVE FÜR BERUFLICHE BILDUNG: AUSBILDUNG HAT MEHR(-)WERT!

Die duale Ausbildung in Bremen – also das Zusammenspiel der beruflichen Bildung in Betrieb und Berufsschule – soll gestärkt werden. Das ist das Ziel der der SPD-Fraktion. „Wir wollen, dass die berufliche Bildung die Anerkennung bekommt, die sie als Rückgrat unserer Wirtschaft verdient“, sagt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sybille Böschen. „Und wir wollen erreichen, dass Berufsschulen finanziell besser ausgestattet werden, um die gute Qualität der Ausbildung sicherzustellen und zu steigern.“

Ihr Ruf ist hervorragend: Die duale Ausbildung wird in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und der Politik immer wieder gelobt, und auch andere Länder erkennen an, welche Vorteile sie Unternehmen und Beschäftigten bietet. Selten fehlt der Hinweis darauf, dass auf diesem Modell die Stärke der deutschen Wirtschaftsleistung beruht und nicht zuletzt, dass sie ein Grund für die im internationalen Vergleich geringe Jugendarbeitslosigkeit ist.

Gleichzeitig erhält dieses Erfolgsmodell nicht die Anerkennung, das es verdient, hat Sybille Böschen beobachtet. „Man bekommt immer wieder den Eindruck, dass nur Abitur und Studium als ideales Bildungsziel angesehen werden“, sagt die Sozialdemokratin. „Das ist aber der völlig falsche Ansatz. Eine gute fachliche Ausbildung in Handwerk, technischem Bereich, Verwaltung oder Dienstleistung ist selbstverständlich gleich viel wert und sollte von uns allen auch die gleiche Anerkennung erfahren.“ Die SPD-Fraktion hat sich daher in einem Positionspapier mit dem Thema auseinandergesetzt und fordert eine Offensive für die berufliche Bildung.



Foto: SPÖ Landtagsklub/ pixelio.de

„Mit dieser Offensive wollen wir die Berufsschulen gezielt stärken“, erklärt Böschen. „Nur mit einer Investitionsoffensive werden wir erreichen, dass auch künftig ausreichend qualifizierte Fach-

kräfte ausgebildet werden, um unsere Wirtschaft zu stärken. Wir brauchen mehr Geld für eine bessere Ausstattung, aber auch die bessere Verzahnung von Theorie und Praxis.“

Eine wichtige Rolle soll zudem die Zentralisierung nach dem Campus-Modell sowie die die Fort- und Weiterbildung einnehmen. „Gerade in Zeiten, in denen sich Gesellschaft, Wirtschaft und Technik immer schneller weiterentwickeln, wird dieser Bereich an Bedeutung zunehmen“, so Böschen. „Die Berufsschule der Zukunft muss sich daher für Aus- und Weiterbildung öffnen. Lebenslanges Lernen wird einen noch größeren Stellenwert einnehmen, um sich an ständig ändernde Anforderungen anzupassen.“



DOWNLOAD

> POSITIONSPAPIER: OFFENSIVE FÜR BERUFLICHE BILDUNG
[HTTP://TINY.CC/OFFENSIVE_BERUFSSCHULEN](http://tiny.cc/offensive_berufsschulen)